

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt zu Bad Schandau und des Finanzamtes Sebnitz. **Verkaufsstellen:** Bad Schandau 36 :: Bankkonto: Dresdner Bank Zweigstelle Schandau :: Postcheckkonto: Dresden Nr. 333 27



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porstendorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtshaus, Schmilka, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Verleger: Bad Schandau Nr. 22 — **Draht-Anschrift:** Elbzeitung Bad Schandau

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Diele — **Verantwortlich:** K. Rohlfapper

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachm. 6 Uhr. Bezugspreis: monatlich 100 M., durch Vorkasse oder die Post (einm. 100 M., 6 m. 500 M.) Bestellungen nehmen die Verteiler und Postanstalten, sowie Zeitungsböden an

Anzeigen-Nachnahme bis spätestens vorm. 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen. Druckpreis für die Kleinanzeigen: 8 M., für Auswärtige 10 M., Familienanzeigen 100%. Ermäßigung tabell. u. schriftl. nach Vereinbarung, Reklame und Einzelanfertigung die Seite 30 M., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nachdrucke einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung berechtigt den Verleger nicht zur Rückzahlung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 235

Bad Schandau, Freitag, den 6. Oktober 1922

66. Jahrg.

Für eilige Leser.

- * Die Neuwahl des Reichspräsidenten soll nach den Plänen des Kabinetts am 3. Dezember stattfinden. Der Reichstag wird über diesen Termin entscheiden.
- * Die Verhandlungen über die Beamtenbesoldung sind von der Reichsregierung abgebrochen worden.
- * Das Kabinett hat beschlossen, den Tabakzoll nicht zu erhöhen und die Einfuhrsteuer für Tabak sofort aufzuheben.
- * Die Beschlüsse des Völkerrundrates über die Kredite und die Finanzkontrolle für Österreich wurden in Genf protokolларisch festgelegt.
- * Der frühere britische Schatzkanzler Mac Kenna hielt eine scharfe Rede gegen die bisherige Reparationspolitik der Alliierten.

„Undurchführbar!“

Wir haben in diesem Jahre des öfteren schon Stimmen hervorragender Bank- und Wirtschaftsmänner vernommen, die den europäischen Großmächten auf das eindringlichste die Unmöglichkeit ihrer Reparationspolitik gegen Deutschland predigten, in der Absicht, sie zur Umkehr auf diesem Wege zu bestimmen. Zwei, drei Tage lang sprach man dann von ihren Neben und Vorstellungen. Dann waren sie vergessen, und alles blieb wie zuvor. Jetzt gestellt sich zu ihnen der englische Politiker Mac Kenna, der bei einer Zusammenkunft des Verbandes der amerikanischen Bankiers die Reparations- und die Schuldenfrage nach ihrer gegenwärtigen Lage einer eingehenden Würdigung unterzog.

Für ihn ist das Londoner Abkommen vom 5. Mai v. J., das die deutsche Kriegsschuld auf „nur“ 132 Milliarden Mark festlegte, vollkommen undurchführbar. Die Sachverständigen, die in Versailles gehört wurden, hätten sich über die Leistungsfähigkeit Deutschlands in schwerem Irrtum befunden. Lediglich ihre Behauptung, daß die deutsche Produktionskraft nahezu ungebrochen sei, könne bestritten werden. Aber mit der Produktionskraft allein sei es nicht getan. Die erzeugten Waren müssen auch abgesetzt werden. Dieser Absatz aber würde, wenn er in dem erforderlichen Umfange sich steigern ließe, die Warenmärkte der aufnehmenden Länder in die größte Unordnung bringen und ihre Volkswirtschaft auf das schwerste gefährden. Also verkliene die deutsche Produktionskraft jede entscheidende Bedeutung für die Frage der Leistungsfähigkeit dieses Schuldners. Denn nur mit dem Mehrertrag seiner Erzeugung könne Deutschland seine Gläubiger befriedigen. In ähnlicher Lage befände sich Frankreich, während einzig und allein England imstande sei, seine bei den Vereinigten Staaten aufgenommenen Schulden abzutragen. Die Verwüstungen, die der ständige Sturz der Wechselkurse im internationalen Handel angerichtet habe, lägen vor aller Augen. Mit nemmenswerten Zahlungen könne man Deutschland jetzt nur in Anspruch nehmen, wenn die deutsche Mark sich stabilisiert habe, und wenn man außerdem dafür Sorge, daß die Forderungen an Deutschland niemals den Betrag seiner Ausfuhr übersteigen. Auch auf den häufig gehörten Vorwurf ging Mac Kenna ein, daß Deutschland seine Währung absichtlich entwertet habe, um seine Gläubiger zu veranlassen, ihre Forderungen aufzugeben; daß das deutsche Volk nicht genügend besteuert sei, während die Regierung bei noch stärkerer Anziehung der Steuerschraube wohl imstande sein würde, ihren auswärtigen Verpflichtungen nachzukommen. Seiner Ansicht nach trifft es allerdings zu, daß die Engländer höher besteuert seien als die Deutschen, aber er hält dafür, daß sie zu hoch besteuert sind; und jedenfalls würden noch mehr Steuern in Deutschland gewiß keinen größeren Ausfuhrüberschuß ergeben. Der Verkauf von Mark an das Ausland sei eine unvermeidliche Folge der Bezahlung von Reparationen, während die deutsche Regierung die notwendigen Auslandsdevisen nur durch Inanspruchnahme des Exportverkehrs sich zu beschaffen vermöge. Dazu komme weiter der Verkauf deutschen Geldes durch Deutsche, die der Festigkeit ihrer eigenen Währung nicht trauen könnten, und mit alledem erklärt sich das erstaunliche Fallen des Wertes des deutschen Geldes in vollkommen genügender Weise. Nur wenn man den Druck der Reparationszahlungen endlich beseitigt, werde sich der Stand der Mark sofort bessern. Nur wenn man Deutschland für längere Zeit mit weiteren Forderungen verschone, würde seine Zahlungsfähigkeit wieder hergestellt werden. Es liege ihm nicht daran, etwa die gerechten Forderungen der Alliierten gegen Deutschland zu verkleinern, aber wenn Europa nicht dem Ruin überliefert werden solle, müßten politische Empfindungen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten untergeordnet werden. Einzig und allein darauf dürfe es ankommen, was Deutschland zahlen könne. Davon müsse man ausgehen und sich so zu vernunftsmäßigen neuen Erwägungen über die Reparationsfrage entschließen. Den Gläubigerstaaten hielt er vor, daß sie von der Wohlfahrt des Handels, die durch das Londoner Abkommen gefährdet sei, größere Vorteile zu erwarten hätten als von der zweifelhaften Bezahlung der Kriegsschulden, und sein Vor-

schlag ging schließlich dahin, auf einer vollkommen freimütigen Konferenz zwischen Gläubigern und Schuldnern die wahre Höhe der Ausfuhrüberschüsse der Schuldnerstaaten von beiden Parteien feststellen zu lassen. So und nur so könne man vorwärtskommen.

Diese Weisheit hören wir hier ganz gewiß nicht zum erstenmal, auch nicht zum erstenmal von Leuten, die im Lager unserer ehemaligen Feinde stehen. Vielleicht, daß eine Autorität wie Mac Kenna gehört werden wird, zumal ja sein Vorschlag an sich die Mächte noch zu nichts verpflichten würde. Aber Prüfungen, Untersuchungen, ja selbst Feststellungen allein können uns nicht mehr helfen; sie haben wir bisher schon in Hülle und Fülle genossen. Man müßte sich endlich dazu aufraffen, aus ihnen auch unmittelbare Folgerungen zu ziehen, und das mit aller Beschleunigung, sonst kommen auch die besten Ratsschläge zu spät.

Kredit und Kontrolle.

Die Völkerrundshilfe für Österreich.

In der Schlußsitzung des Völkerrundrates über die österreichische Frage hielt der österreichische Bundeskanzler Seipel eine Rede, in der er sagte, daß der Tag der schönsten Tag sein werde, an dem ein anderer österreichischer Kanzler vor den Völkerrund treten könne, um zu erklären: „Österreich ist wieder aufgerichtet. Seine Finanzen sind in Ordnung. Es hat bewiesen, daß es selbst seine Geschichte leiten kann. So hebt denn wieder die Finanzkontrolle auf!“

Die drei Protokolle.

In denen sowohl die Hilfsaktion wie die Finanzkontrolle geregelt sind, wurden im Völkerrundsekretariat unterzeichnet.

Das erste enthält eine Erklärung der englischen, der französischen, der italienischen und der tschechoslowakischen Regierung, daß die vier Mächte die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unantastbarkeit und die Souveränität Österreichs achten wollen und keine besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile aus dieser Unabhängigkeit zu ziehen suchen. Das zweite und dritte Protokoll legt im einzelnen die Rechte der Garantiestaaten und die Pflichten der österreichischen Regierung dar. Danach ist die österreichische Regierung ermächtigt, die notwendige Anzahl von Titeln für eine Summe von 650 Millionen Goldkronen auszugeben. Die österreichische Regierung stellt als Pfänder für die garantierte Anleihe die Bruttoeinnahmen der Zölle und des Tabakmonopols zur Verfügung. Zweck der Anleihe ist die Deckung des Defizits in den nächsten beiden Jahren, die zur Wiederherstellung des österreichischen Kreditnotwendig sind. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, Maßnahmen zur Herabsetzung des Haushaltsdefizits zu ergreifen, eine Erhöhung der Eisenbahn-, der Post- und Telegraphentarie sowie ein Reformprogramm auszuarbeiten.

Zwei besondere Organisationen werden im zweiten und dritten Protokoll geschaffen, der Kontrollauschuß der Mächte und der Generalkommissar des Völkerrundes. Eine provisorische Delegation des Völkerrundes wird nach Wien begeben, um mit der österreichischen Regierung ein erstes Programm auszuarbeiten.

Reichspräsidentenwahl am 3. Dezember?

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 5. Oktober.

Es scheint, als ob die Neuwahl des Reichspräsidenten, über die in längeren Zwischenräumen schon mehrfach lebhaft debattiert wurde, nun endgültig angelegt werden soll. Bekanntlich ist Präsident Ebert bereits im Februar 1919, in den ersten Tagen der Weimarer Nationalversammlung, zum Reichspräsidenten gewählt worden, und zwar provisorisch, während die im Sommer 1919 geschaffene Reichsverfassung die Wahl durch das ganze Volk vorschreibt. Obwohl der Reichspräsident selbst inzwischen oftmals den Wunsch geäußert hat, zur Neuwahl zu schreiten, da er nicht länger in einem „vorläufigen“ Amte bleiben wolle, so hat die dauernde Spannung der innen- oder außenpolitischen Lage doch immer verhindert, diese Wahl durchzuführen. Zuletzt war es der Wunsch der Regierung, erst die Entscheidung über Oberschlesien abzuwarten, um nicht einen Teil der Bevölkerung von der Wahl ausschließen zu müssen.

Nunmehr hat das Reichskabinett, da alle diese Hinderungsgründe weggefallen sind, beschlossen, den 3. Dezember als Wahltag vorzuschlagen. Bestimmt wird der Tag nicht von der Regierung, sondern vom Reichstag, der sich bald nach dem 17. Oktober, dem Tage des Beginns seiner Winterarbeit, mit dieser Frage befassen wird. Zunächst haben nur Besprechungen mit den Parteiführern stattgefunden, unter denen allerdings sehr abweichende Meinungen darüber herrschen. Die vereinigten Sozialdemokraten treten unter den für sie jetzt sehr günstigen Umständen lebhaft dafür ein, daß aus dem „vorläufigen“ Präsidenten bald ein „endgültiger“ Präsident werden möge. Die rechtsstehenden Parteien billigen zwar im Grunde auch die baldige Beendigung des Provisoriums,

aber sie wenden ein, daß angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des bevorstehenden Winters die politische Erregung, die durch eine solche Wahl notwendigerweise ins Volk hineingetragen wird, unerwünscht erscheint. Auch genießt ja Herr Ebert persönlich das Vertrauen weitestest Kreise auch außerhalb seiner eigenen Partei, so daß die Neuwahl nicht besonders eilig wäre. Die Volksparteiler schlagen daher vor, die Wahl mit der nächsten Reichstagsneuwahl zu verbinden, ganz gleich, wann diese erfolgen wird.

Die Demokraten hatten schon vor längerer Zeit beantragt, das Provisorium um zwei Jahre zu verlängern, doch ist dieser Antrag inzwischen als erledigt zu betrachten. Da die ganze Frage erst in diesen Tagen wieder angeschnitten worden ist, so konnte noch keine Fühlung zwischen den bürgerlichen Parteien darüber genommen werden, ob sie gemeinsam für die Hinausschiebung der Wahl eintreten, oder sich auf einen gemeinsamen Gegenkandidaten gegen Herrn Ebert einigen wollen. Voraussichtlich wird es noch lebhaftere Auseinandersetzungen geben, ehe die Frage der Präsidenten-Neuwahl endgültig geregelt ist. Veto.

Die Frage der Beamtengehälter.

Abbruch der Verhandlungen.

Die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Neugestaltung der Beamtenbesoldung sind von der Regierung als aussichtslos abgebrochen worden. Über die wichtigste Frage, die Neuregelung der Grundgehälter, konnte im wesentlichen eine Verständigung erzielt werden; dagegen wandte sich die Mehrzahl der Organisationen gegen die Absicht der Regierung, die bisher für alle Besoldungsgruppen gleiche Frauenzulage künftig prozentual zu bemessen.

Das Bestreben der Reichsregierung, durch eine prozentuale Gestaltung der Sozialzulagen eine weitere Gleichmachung der Beamtenbezüge zu verhindern, findet im Reichstage und bei den Einzelregierungen Unterstützung. Die höheren Beamten, die den mittleren und unteren Beamten durch das bisherige System mehr als früher angenähert wurden, treten dafür ein und trennen sich in dieser Frage von den übrigen Organisationen. Sie verlangen höhere Zuschläge und höhere Frauenzulagen für sich. Wenn keine Verständigung durch neue Verhandlungen mit den Gewerkschaften gefunden wird, soll die Regierung beabsichtigen, dem Reichstag eine eigene Vorlage zu unterbreiten.

Räumung der neutralen Zone.

Ein Protokoll in Mudania.

Die Beruhigung im Orient macht weitere Fortschritte. Wie es heißt, wird bereits die neutrale Zone von beiden Seiten geräumt. Die Türken nehmen andere Stellungen ein, die Engländer verlassen Eschanaal und verbleiben in Gallipoli. Auf der Konferenz in Mudania konnte ohne Schwierigkeit eine Verständigung über die meisten wesentlichen Punkte erzielt werden. Nach dieser Abmachung sollen die Griechen aufgefordert werden sein, innerhalb von zehn Tagen Thrazien einschließlich Adrianopel bis zur Maritza zurückzugeben. Die kemalistische Armee soll erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages Thrazien besetzen. Die Türken treffen allerdings bereits Vorbereitungen, um im Falle eines Scheiterns der Konferenz gerüstet zu sein. Sie haben eine neue Armee organisiert, die aus 80 000 Mann besteht und mit den den Griechen abgenommenen Waffen ausgerüstet ist.

Griechische Empörung

über die türkischen Erfolge in Mudania.

London, 6. Oktober. Nach Telegrammen aus Athen haben die Meldungen über das angebliche Einvernehmen in Mudania große Unruhe hervorgerufen. Griechische Blättermeldungen stellen voller Empörung fest, daß Griechenland von England im Stiche gelassen worden sei und die Aufrufe der Regierung zur Bildung von Freiwilligen-Korps im Lande großen Erfolg haben.

London, 6. Oktober. Wie aus Athen gemeldet wird, wird der neue König Georg von den rebellischen Truppen in etwas milderer Form als ein Gefangener behandelt.

Konstantinopel unterstellt sich Angora.

London, 6. Oktober. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die Regierung von Konstantinopel hat die Nationalversammlung von Angora als Träger der Macht anerkannt. Die Verwaltung der Stadt soll durch einen von Angora zu bestimmenden Generalgouverneur übernommen werden.

Paris, 6. Okt. In London ist eine Meldung eingelaufen, daß türkische Kavallerie 65 englische Meilen östlich von Konstantinopel in die neutrale Zone einmarschiert sei.